

No. 28886

**AUSTRIA
and
CZECHOSLOVAKIA**

**Treaty on the reciprocal enforcement of sentences in criminal
cases. Signed at Vienna on 20 May 1990**

*Authentic texts: German and Czech.
Registered by Austria on 15 April 1992.*

**AUTRICHE
et
TCHÉCOSLOVAQUIE**

**Traité relatif à l'exécution réciproque des décisions judi-
ciaires en matière pénale. Signé à Vienne le 20 mai 1990**

*Textes authentiques : allemand et tchèque.
Enregistré par l'Autriche le 15 avril 1992.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**VERTRAG ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER
TSCHECHISCHEN UND SLOWAKISCHEN FÖDERATIVEN
REPUBLIK ÜBER DIE WECHSELSEITIGE VOLLZIEHUNG
GERICHTLICHER ENTSCHEIDUNGEN IN STRAFSACHEN**

Der Bundespräsident der Republik Österreich und der Präsident der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik,

in dem Bestreben, die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten weiterzuentwickeln und den rechtlichen Verkehr zwischen ihnen zu erleichtern,

in der Erkenntnis, daß die Vollziehung einer Freiheitsstrafe in dem Staat, dessen Staatsbürger der Verurteilte ist, seine Resozialisierung fördert,

sowie von dem Wunsche geleitet, die Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie ihrer Folgedokumente voll und ganz durchzuführen,

sind übereingekommen, den folgenden Vertrag zu schließen, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich:

Herrn Dr. Alois Mock,

Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, der Präsident der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik:

Herrn Jiří Dienstbier,

Stellvertretender Ministerpräsident der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befindenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

TEIL I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, auf Ersuchen unter den in diesem Vertrag festgesetzten Bedingungen Entscheidungen in Strafsachen zu vollziehen, mit denen Staatsbürger eines der Vertragsstaaten von einem Gericht des anderen Staates rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe oder

einer vorbeugenden Maßnahme verurteilt worden sind.

(2) Als Staatsbürger eines Vertragsstaates ist eine Person anzusehen, welche nach der Rechtsordnung dieses Staates dessen Staatsbürgerschaft besitzt. Personen, die die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten besitzen, werden nach diesem Vertrag nicht übergeben.

(3) In diesem Vertrag bedeutet der Ausdruck „vorbeugende Maßnahme“ eine mit Freiheitsentziehung verbundene Maßnahme, die nach den Strafgesetzen durch eine gerichtliche Entscheidung neben oder an Stelle einer Strafe ausgesprochen wird. Ist die Dauer einer noch zu vollziehenden Maßnahme unbestimmt, so ist von dem gesetzlich zulässigen Höchstmaß auszugehen.

Artikel 2

(1) Ersuchen nach Artikel 1 Abs. 1 werden von dem Staat gestellt, in dem die gerichtliche Entscheidung ergangen ist (Urteilstaat). Der Staat, in welchem die gerichtliche Entscheidung vollzogen werden soll (Vollstreckungsstaat), kann beim Urteilstaat ein Ersuchen nach Artikel 1 Abs. 1 anregen.

(2) Der Verurteilte, sein gesetzlicher Vertreter, sein Ehegatte, seine Verwandten in gerader Linie und seine Geschwister können bei jedem der Vertragsstaaten ein Vorgehen nach Abs. 1 anregen. Der Urteilstaat wird den Verurteilten über diese Möglichkeit belehren.

Artikel 3

Der Schriftverkehr nach diesem Vertrag erfolgt zwischen dem Bundesminister für Justiz der Republik Österreich einerseits und dem Justizminister der Tschechischen Republik oder dem Justizminister der Slowakischen Republik andererseits. Der diplomatische Weg wird dadurch nicht ausgeschlossen.

Artikel 4

Die Ersuchen, Mitteilungen und beigefügten Unterlagen bedürfen keiner Übersetzung und Legalisierung.

TEIL II**Übernahme der Vollziehung und ihre Auswirkungen****Artikel 5**

Die Vollziehung wird nur übernommen, wenn die der Entscheidung zugrundeliegende Handlung nach dem Recht beider Vertragsstaaten gerichtlich strafbar ist.

Artikel 6

(1) In Abgaben-, Steuer-, Zoll-, Monopol- und Devisenstrafsachen und in Strafsachen wegen der Verletzung von Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel wird die Vollziehung der gerichtlichen Entscheidung übernommen, wenn die der Verurteilung zugrundeliegende Handlung auch nach einer vergleichbaren gesetzlichen Strafbestimmung des Vollstreckungsstaates gerichtlich strafbar wäre.

(2) Die Übernahme der Vollziehung darf nicht ausschließlich mit der Begründung abgelehnt werden, daß das Recht des Vollstreckungsstaates keine Abgaben-, Steuer-, Zoll-, Monopol- oder Devisenvorschriften oder keine Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel derselben Art wie das Recht des Urteilstaates enthält.

Artikel 7

Die Vollziehung wird nicht übernommen, wenn die der Entscheidung zugrundeliegende Handlung nach Ansicht des Vollstreckungsstaates eine strafbare Handlung politischen Charakters ist, bei der unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles, insbesondere der Art der Begehung, der angewendeten oder vorgesehenen Mittel oder der Schwere der eingetretenen oder möglichen Folgen, nicht der kriminelle Charakter überwiegt.

Artikel 8

Die Vollziehung wird nicht übernommen, wenn die der Entscheidung zugrundeliegende Handlung nach Ansicht des Vollstreckungsstaates ausschließlich militärischer Art ist.

Artikel 9

Die Vollziehung kann abgelehnt werden, wenn

- a) die Vollstreckbarkeit der Freiheitsstrafe oder vorbeugenden Maßnahme nach dem Recht eines der Vertragsstaaten verjährt oder die Vollziehung aus anderen Gründen unzulässig ist;
- b) der Verurteilte im Vollstreckungsstaat wegen derselben Handlung rechtskräftig verurteilt oder freigesprochen oder das Verfahren aus anderen als verfahrensrechtlichen Gründen endgültig eingestellt worden ist;
- c) die Entscheidung von einem Ausnahmegericht, das nur zeitweilig eingesetzt war, getroffen worden ist;
- d) sie nach Ansicht des Vollstreckungsstaates seine öffentliche Ordnung oder Grundsätze seiner Rechtsordnung gefährden würde;
- e) der Verurteilte oder sein gesetzlicher Vertreter die Zustimmung verweigert;
- f) sich der Verurteilte im Urteilstaat in Haft befindet und am Tag des Einlangens des Ersuchens eine vier Monate nicht übersteigende Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme zu vollziehen ist. Zur Beurteilung dieser Voraussetzung werden mehrere Freiheitsstrafen oder vorbeugende Maßnahmen oder ihre zu vollziehenden Reste zusammen gerechnet. Ist die Dauer des Vollzuges der vorbeugenden Maßnahme unbestimmt, so ist der Tag maßgebend, an dem sie nach dem Recht des Urteilstaates spätestens aufzuheben ist;
- g) der Verurteilte im Urteilstaat seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Artikel 10

Die Vollziehung einer in Abwesenheit des Verurteilten ergangenen Entscheidung wird nur übernommen, wenn der Verurteilte von dem gegen ihn geführten Verfahren Kenntnis erlangt hatte und in diesem Verfahren seine Verteidigungsrechte wahren konnte.

Artikel 11

Sind nach Ansicht des Urteilstaates die Voraussetzungen für die Übernahme der Vollziehung nach diesem Vertrag gegeben, so kann der Urteilstaat den Vollstreckungsstaat um Übernahme der Vollziehung der Entscheidung ersuchen. Stellt der Urteilstaat trotz einer Anregung des Vollstreckungsstaates kein Ersuchen, so gibt er die Gründe hierfür bekannt.

Artikel 12

- (1) Ersuchen nach diesem Vertrag werden schriftlich gestellt.
- (2) Dem Ersuchen sind anzuschließen:
- eine mit der Bestätigung der Rechtskraft und der Vollstreckbarkeit verschene Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift des Urteils und allfälliger Rechtsmittelentscheidungen;
 - eine Abschrift der angewendeten gesetzlichen Bestimmungen sowie jener über die bedingte Endassnung;
 - Angaben zu der Person des Verurteilten, zu seiner Staatsangehörigkeit, seinem Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt;
 - eine Bestätigung über den vollzogenen Teil der Freiheitsstrafe oder vorbeugenden Maßnahme und über die anzurechnenden Haftzeiten;
 - ein Protokoll über die Stellungnahme des Verurteilten zur Übernahme der Vollziehung, wenn er sich im Urteilstaat befindet;
 - weitere Unterlagen und Angaben, die für die Beurteilung des Ersuchens von Bedeutung sein können.

Artikel 13

Hält der Vollstreckungsstaat die ihm übermittelten Unterlagen und Angaben nicht für ausreichend, so ersucht er um die notwendige Ergänzung. Er kann für das Einlangen dieser Ergänzung eine angemessene Frist bestimmen; diese kann auf Ersuchen verlängert werden. Mangels einer Ergänzung wird über das Ersuchen auf Grund der vorhandenen Unterlagen und Angaben entschieden.

Artikel 14

Der Vollstreckungsstaat verständigt den Urteilstaat so bald wie möglich, ob und inwieweit dem Ersuchen stattgegeben wird. Jede vollständige oder teilweise Ablehnung ist zu begründen. Erfolgt die Ablehnung mangels Zustimmung des im Vollstreckungsstaat befindlichen Verurteilten, ist dem Urteilstaat eine Niederschrift über seine Vernehung zu übermitteln.

Artikel 15

(1) Wird die Vollziehung übernommen, so setzt das Gericht des Vollstreckungsstaates die Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme in der gleichen Art und Dauer fest, wie sie im Urteilstaat ausgesprochen worden ist. Ist diese jedoch nach Art oder Dauer mit den Rechtsvorschriften des

Vollstreckungsstaates nicht vereinbar, so wird er sie an die nach seinem Recht für eine strafbare Handlung derselben Art vorgesehene Strafe oder vorbeugende Maßnahme anpassen. Sie muß ihrer Art und Dauer nach so weit wie möglich der Strafe oder vorbeugenden Maßnahme entsprechen, die durch die zu vollziehende Entscheidung verhängt worden ist. In jedem Fall ist der Vollstreckungsstaat an die Tatsachenfeststellungen gebunden, die der im Urteilstaat getroffenen Entscheidung zugrunde liegen.

(2) Durch die Vollziehung im Vollstreckungsstaat darf der Verurteilte in der Gesamtauswirkung nicht ungünstiger gestellt werden als im Falle der weiteren Vollziehung im Urteilstaat.

(3) Die Vollziehung einschließlich der bedingten Entlassung richtet sich nach dem Recht des Vollstreckungsstaates. Für den Verurteilten günstigere Rechtsvorschriften des Urteilstaates betreffend die bedingte Entlassung werden jedoch angewendet, sofern die Grundsätze der Rechtsordnung des Vollstreckungsstaates dem nicht entgegenstehen.

(4) Die im Urteilstaat in Haft zugebrachte Zeit wird in die im Vollstreckungsstaat zu verbüßende Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme eingerechnet.

(5) Im Falle einer nachträglichen Aufhebung oder Abänderung der gerichtlichen Entscheidung (Artikel 18 Abs. 3) setzt das Gericht des Vollstreckungsstaates erforderlichenfalls neuerlich die zu vollziehende Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme fest.

Artikel 16

Liegen der Verurteilung mehrere Handlungen zugrunde, kann die Vollziehung aber nur wegen des auf einzelne dieser Handlungen entfallenden Teiles der Freiheitsstrafe oder vorbeugenden Maßnahme erfolgen, so wird das Gericht des Vollstreckungsstaates im Rahmen des Verfahrens nach Artikel 15 Abs. 1 den zu vollziehenden Teil bestimmen, der auf diese Handlungen entfällt.

Artikel 17

(1) Ist dem Ersuchen um Übernahme der Vollziehung stattgegeben worden, so wird der Urteilstaat den Verurteilten so bald wie möglich in den Vollstreckungsstaat überstellen. Ist die Überstellung erfolgt oder befindet sich der Verurteilte bereits im Vollstreckungsstaat, so haben weitere

Vollstreckungsmaßnahmen im Urteilsstaat zu unterbleiben.

(2) Entzieht sich der Verurteilte der Vollziehung im Vollstreckungsstaat, so erlangt der Urteilsstaat das Recht auf Vollziehung der Entscheidung wieder.

(3) Das Recht des Urteilsstaates auf Vollziehung erlischt endgültig, wenn der Verurteilte die Strafe oder vorbeugende Maßnahme verbüßt hat oder sie ihm endgültig nachgesehen worden ist.

(4) Ist im Vollstreckungsstaat gegen den Verurteilten wegen der dem Ersuchen um Übernahme der Vollziehung zugrundeliegenden Handlung ein Strafverfahren anhängig und ist dem Ersuchen stattgegeben worden, so stellt dieser Staat das Strafverfahren vorläufig ein. Er erlangt das Recht zur Verfolgung wieder, wenn sich der Verurteilte der Vollziehung entzieht. Der Vollstreckungsstaat stellt das Strafverfahren endgültig ein, wenn die Strafe oder vorbeugende Maßnahme vollzogen oder ihre Vollziehung endgültig nachgesehen worden ist.

Artikel 18

(1) Der Verurteilte kommt in den vollen Genuss der Amnestien, die vom Urteilsstaat oder vom Vollstreckungsstaat erlassen werden.

(2) Gnadenmaßnahmen zugunsten des Verurteilten können vom Vollstreckungsstaat ergriffen werden. Hierdurch wird das Recht des Urteilsstaats, dem Vollstreckungsstaat solche Gnadenmaßnahmen zu empfehlen, nicht ausgeschlossen. Auf diese Empfehlung wird im Vollstreckungsstaat bei der Entscheidung über einen Gnadenerweis wohlwollend Bedacht genommen werden. Unberührt bleibt auch das Recht des Urteilsstaates, Gnadenmaßnahmen mit Wirksamkeit für seinen Rechtsbereich zu ergreifen.

(3) Für eine Aufhebung oder Abänderung der gerichtlichen Entscheidungen, deren Vollziehung übernommen wurde, ist ausschließlich der Urteilsstaat zuständig.

Artikel 19

(1) Die Vertragsstaaten verständigen einander so bald wie möglich von allen Umständen, die auf die Vollziehung Einfluß haben könnten, und übermitteln einander Ausfertigungen oder beglaubigte Abschriften der ergangenen Entscheidungen.

(2) Der Urteilsstaat verständigt den Vollstreckungsstaat insbesondere von einer ergangenen Amnestie oder von einer Aufhebung oder Abände-

rung der gerichtlichen Entscheidung, deren Vollziehung übernommen wurde.

(3) Der Vollstreckungsstaat verständigt den Urteilsstaat, wenn sich der Verurteilte dem Strafvollzug entzieht, sowie von der Entlassung aus dem Vollzug der Strafe oder vorbeugenden Maßnahme.

Artikel 20

(1) Befindet sich der Verurteilte auf dem Gebiet des Urteilsstaates, so wird er dem Vollstreckungsstaat an einem Grenzübergang der Vertragsstaaten übergeben. Die Vertragsstaaten stellen das Einvernehmen über Ort, Zeit und Art der Übergabe her.

(2) Der Urteilsstaat kann die Übergabe des Verurteilten aufschieben, um ein Strafverfahren wegen einer anderen strafbaren Handlung durchzuführen oder eine wegen einer anderen strafbaren Handlung ausgesprochene Strafe oder vorbeugende Maßnahme zu vollziehen.

Artikel 21

Die in Anwendung dieses Vertrages entstandenen Kosten — ausgenommen jene einer Durchbeförderung — werden nicht ersetzt. Der um Überstellung eines Verurteilten im Luftweg ersuchende Staat trägt aber die Kosten, die durch diese Überstellung entstanden sind.

Artikel 22

(1) Auf Ersuchen eines Vertragsstaates wird die Durchbeförderung eines Verurteilten, der nicht Angehöriger des anderen Vertragsstaates ist, durch dessen Hoheitsgebiet in einen dritten Staat oder aus einem dritten Staat zur Vollziehung einer Freiheitsstrafe oder vorbeugenden Maßnahme bewilligt. Der ersuchte Vertragsstaat kann die Durchbeförderung ablehnen, wenn er nach diesem Vertrag die Übernahme der Vollziehung ablehnen könnte.

(2) Ersuchen um Durchbeförderung werden schriftlich gestellt. Dem Ersuchen ist eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift der ergangenen Entscheidung anzuschließen.

(3) Die Durchbeförderung wird von Organen des ersuchten Staates durchgeführt. Der ersuchte Staat darf die durchzubefördernde Person wegen Handlungen, die vor der Durchbeförderung begangen wurden, ohne die Zustimmung des ersuchenden Staates weder verfolgen noch an ihr eine Strafe oder vorbeugende Maßnahme vollstrecken.

(4) Bei einer Durchbeförderung auf dem Luftweg ohne Zwischenlandung bedarf es keiner ausdrücklichen Bewilligung des überflogenen Vertragsstaates. Dieser Staat wird vom ersuchenden Staat im voraus davon unterrichtet, daß eine Durchbeförderung gemäß Abs. 1 zulässig wäre.

(5) Die Kosten der Durchbeförderung, die dem ersuchten Staat entstehen, werden vom ersuchenden Staat ersetzt.

TEIL III
Schlußbestimmungen

Artikel 23

Verpflichtungen aus bestehenden mehrseitigen Übereinkommen werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

Artikel 24

Dieser Vertrag findet auch auf gerichtliche Entscheidungen Anwendung, die vor seinem Inkrafttreten ergangen sind.

Artikel 25

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Prag ausgetauscht.

Artikel 26

(1) Dieser Vertrag tritt mit dem ersten Tage des dritten Monats nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Dieser Vertrag bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, sofern nicht einer der Vertragsstaaten den Vertrag auf diplomatischem Wege kündigt; in diesem Falle tritt der Vertrag ein Jahr nach Einlangen der Kündigung außer Kraft.

Geschehen zu Wien, am 20. Mai 1990 in zwei Urschriften in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Dr. ALOIS MOCK

Für die Tschechische und Slowakische Föderative Republik:

JIŘÍ DIENSTBIER

[CZECH TEXT — TEXTE TCHÈQUE]

SMLOUVA MEZI RAKOUSKOU REPUBLIKOU A ČESKOU A SLOVENSKOU FEDERATIVNÍ REPUBLIKOU O VZÁJEMNÉM VÝKONU SOUDNÍCH ROZHODNUTÍ VE VĚCECH TRESTRNÍCH

Spolkový prezent Rakouské republiky a prezident České a Slovenské Federativní Republiky,

vedení snahou dále rozvíjet dobré sousedské vztahy a usnadnit právní vztahy mezi oběma státy,

přihlásíce k tomu, že výkon trestu odnětí svobody ve státě, jehož jsou odsouzení státními občany, přispívá k jejich resocializaci,

jakož i vedení přání plně a důsledně plnit ustanovení Závěrečného aktu Konference o bezpečnosti a spolupráci v Evropě a jejich následných dokumentů,

se dohodli uzavřít tuto smlouvu a za tím účelem jmenovali svými zmocněnci:

spolkový prezent Rakouské republiky

pana Dr. Aloise Mocka,

spolkového ministra zahraničních věcí,

prezident České a Slovenské Federativní Republiky

pana Jiřího Dienstbiera,

místopředsedu vlády České a Slovenské Federativní Republiky

a ministra zahraničních věcí,

kteří po výměně svých plných moci, jež byly shledány v dobré a náležité formě, dohodli se na tomto:

ČÁST PRVNÍ

Všeobecná ustanovení

Článek 1

(1) Smluvní státy se zavazují vykonávat na žádost a za podmínek stanovených touto smlouvou rozhodnutí ve věcech trestních, jimž byli státní občané jednoho ze smluvních států pravomocně odsouzeni soudem druhého státu k trestu odnětí svobody nebo k ochrannému opatření.

(2) Za státního občana smluvního státu se považuje osoba, která podle právního řádu tohoto státu má jeho státní občanství. Osoby, které mají státní občanství obou smluvních států, se podle této smlouvy nepředávají.

(3) V této smlouvě výraz „ochranné opatření“ znamená opatření spojené s odňetím svobody, které se ukládá podle trestních zákonů rozhodnutím soudů vůči trestu nebo namísto něho. Je-li doba opatření, která se má ještě vykonat, neurčitá, vychází se z nejvyšší výměry přípustné podle zákona.

Článek 2

(1) Žádost podle článku 1 odst. 1 podává stát, jehož soud vynesl rozhodnutí (stát odsuzující). Stát, v němž má být soudní rozhodnutí vykonáno (stát vykonávající), může dát u státu odsuzujícího podnět k podání žádosti podle článku 1 odst. 1.

(2) Odsouzený, jeho zákonného zástupce, manžela, jeho příbuzní v pokolení přímém a jeho sourozenci mohou u každého ze smluvních států dát podnět k postupu podle odstavce 1. Stát odsuzující poučí odsouzeného o této možnosti.

Článek 3

Pisemný styk podle této smlouvy se uskutečňuje mezi spolkovým ministrem spravedlnosti Rakouské republiky na straně jedné a ministrem spravedlnosti České republiky nebo ministrem spravedlnosti Slovenské republiky na straně druhé. Diplomatická cesta se tím nevylučuje.

Článek 4

Žádosti, sdělení a pisemnosti k nim připojené není třeba překládat ani legalizovat.

ČÁST DRUHÁ

Převzeti výkonu rozhodnutí a jeho účinky

Článek 5

Výkon rozhodnutí se přebírá jen tehdy, jestliže čin, jehož se rozhodnutí týká, je soudně trestním činem podle právního řádu obou smluvních států.

Článek 6

(1) Výkon soudního rozhodnutí týkajícího se trestného činu záležejícího v porušení předpisů o dávkách, daních, clu, monopolech a devizách nebo předpisů o oběhu zboží nebo o zahraničním obchodu se přebírá, pokud jednání, pro které došlo k odsouzení, bylo soudně trestné i podle srovnatelných trestních ustanovení státu vykonávajícího.

(2) Převzetí výkonu rozhodnutí nelze odmítat jen proto, že v právním řádu státu vykonávajícího nejsou ustanovení týkající se dávek, daní, clu, monopolů nebo deviz nebo ustanovení o oběhu zboží nebo zahraničním obchodu toho druhu, jaká jsou v právním řádu státu odsuzujícího.

Článek 7

Výkon rozhodnutí se nepřebírá, jestliže čin, jehož se rozhodnutí týká, je podle názoru státu vykonávajícího trestním činem politického charakteru, u něhož se zřetelem ke všem okolnostem případu, zejména způsobu spáchání, použitým nebo zamýšleným prostředkům nebo závažnosti vzniklých nebo možných následků, nepřevažuje kriminální charakter.

Článek 8

Výkon rozhodnutí se nepřebírá, jestliže čin, kterého se rozhodnutí týká, má podle názoru státu vykonávajícího výlučně povahu vojenského trestného činu.

Článek 9

Výkon rozhodnutí může být odmítnut, jestliže

- výkon trestu nebo ochranného opatření je promlčen nebo není přípustný z jiných důvodů podle právního řádu jednoho ze smluvních států;
- odsouzený byl ve státě vykonávajícím pro týž čin pravomocně odsouzen, zproštěn nebo

trestní stíhání bylo s konečnou platnosti zastaveno z jiných než procesné právních důvodů;

- rozhodnutí bylo vydáno výjimečným soudem, který byl ustanoven jen dočasné;
- podle názoru státu vykonávajícího by to ohrozilo jeho veřejný pořádek nebo zásady jeho právního řádu;
- odsouzený nebo jeho zákonné zástupce s tím projevil nesouhlas;
- odsouzený je ve výkonu trestu ve státě odsuzujícím a v době doručení žádosti má vykonat trest odňati svobody nebo ochranné opatření nepřebyšující čtyři měsíce. Při posouzení tohoto předpokladu se více trestů nebo ochranných opatření nebo jejich nevykonaných zbytků sečtu. Je-li doba výkonu ochranného opatření neurčitá, je rozhodující den, kdy podle právního řádu státu odsuzujícího je nutno je ukončit;
- odsouzený má bydliště nebo trvalý pobyt v státě odsuzujícím.

Článek 10

Výkon rozhodnutí, které bylo vyneseno v nepřítomnosti odsouzeného, se převeze jen tehdy, jestliže odsouzený byl o řízení, které bylo proti němu vedeno, vyrozuměn a v tomto řízení mohl uplatnit svá práva na obhajobu.

Článek 11

Nastanou-li podle názoru státu odsuzujícího podmínky pro převzetí výkonu rozhodnutí podle této smlouvy, může tento stát požádat stát vykonávající o převzetí výkonu rozhodnutí. Ne podá-li žádost, přestože k tomu dal podnět stát vykonávající, sdělí mu důvody.

Článek 12

- Žádosti podle této smlouvy se podávají písemně.
- K žádosti je třeba připojit:
 - vyhotovení nebo ověřený opis rozsudku, opatření potvrzením o právní moci a výkonatelnosti, i případných rozhodnutí o opravných prostředcích;
 - opis použitých zákonných ustanovení, jakož i ustanovení o podminěném propuštění;

- c) údaje o odsouzeném, jeho státním občanství, bydlíšti nebo trvalém pobytu;
- d) potvrzení o vykonané části trestu nebo ochranného opatření a započitatelné době vazby;
- e) protokol o vyjádření odsouzeného, nachází-li se ještě na území státu odsuzujícího, k možnosti převzetí výkonu rozhodnutí;
- f) další podklady a údaje, které mohou mít význam pro posouzení žádosti.

Článek 13

Jestliže stát vykonávající shledá podklady a údaje, které mu byly sděleny, nedostatečnými, vyžádá si potřebná doplnění. Pro doručení doplnění může určit primérenou lhůtu; lhůta může být na žádost prodloužena. Nebude-li žádost o doplnění vyhověno, bude o převzetí výkonu rozhodnuto na základě podkladů údajů, které jsou k dispozici.

Článek 14

Stát vykonávající vyrozumí co nejdříve státu odsuzujícímu, zda a do jaké míry bude žádost vyhověna. Každé úplné nebo částečné odmítnutí žádosti je třeba odůvodnit. Je-li důvodem odmítnutí nesouhlas odsouzeného nacházejícího se na území státu vykonávajícího, musí být státu odsuzujícímu předán protokol o tomto nesouhlasu.

Článek 15

(1) Jestliže výkon rozhodnutí byl převzat, stanovi soud státu vykonávajícího trest odnětí svobody nebo ochranné opatření téhož druhu a v trvání, v jakém byly uloženy ve státě odsuzujícím. Je-li však tento trest nebo ochranné opatření co do druhu nebo trvání neslučitelné s právním řádem státu vykonávajícího, přizpůsobi jej stát vykonávající trestu nebo ochrannému opatření stanovenému jeho právním řádem za stejný trestní čin. Trest nebo ochranné opatření musí svým druhem a trváním co nejvíce odpovídat trestu nebo ochrannému opatření, které bylo uloženo rozhodnutím, jež se má vykonat. V každém případě stát vykonávající vychází ze skutkových zjištění, která jsou podkladem rozhodnutí vydaného ve státě odsuzujícím.

(2) Celkový dopad výkonu rozhodnutí ve státě vykonávajícím nesmí být pro odsouzeného nepříznivější než v případě pokračování výkonu rozhodnutí ve státě odsuzujícím.

(3) Výkon rozhodnutí včetně podminěného propuštění se řídí právním řádem státu vykonávajícího. Právní předpisy státu odsuzujícího ve věci podminěného propuštění pro odsouzeného příznivější se však použijí, pokud to není v rozporu se zásadami právního řádu státu vykonávajícího.

(4) Doba strávená ve vazbě nebo části trestu nebo ochranného opatření vykonaná ve státě odsuzujícím se započítá do doby trvání trestu odnětí svobody nebo ochranného opatření, která má být vykonána ve státě vykonávajícím.

(5) V případě dodatečného zrušení nebo změny soudního rozhodnutí (článek 18 odst. 3) soud státu vykonávajícího, pokud je to třeba, znova rozhodne o trestu odnětí svobody nebo o ochranném opatření, které je třeba vykonat.

Článek 16

Jestliže došlo k odsouzení za více trestních činů, ale převzetí výkonu se vztahuje jen na část trestu odnětí svobody nebo ochranného opatření připadajícího na některý nebo některé z těchto trestních činů, soud státu vykonávajícího při rozhodování podle článku 15 odst. 1 určí část trestu odnětí svobody nebo ochranného opatření, která připadá na tyto trestní činy a která se má vykonat.

Článek 17

(1) Je-li žádost o převzetí výkonu rozhodnutí vyhověno, stát odsuzující předá odsouzeného v nejkratší možné lhůtě do státu vykonávajícího. Jestliže k předání již došlo nebo jestliže odsouzený se ve státě vykonávajícím již nachází, žádná další opatření k předání se ve státě odsuzujícím již nečiní.

(2) Jestliže se odsouzený vyhýbá výkonu rozhodnutí ve státě vykonávajícím, stát odsuzující znova nabývá právo vykonat rozhodnutí.

(3) Právo státu odsuzujícího vykonat rozhodnutí zaniká s konečnou platností, jestliže si odsouzený trest nebo ochranné opatření odpykal nebo jestliže mu byl jejich výkon s konečnou platností prominut.

(4) Jestliže ve státě vykonávajícím bylo proti odsouzenému zahájeno trestní stíhání pro trestní čin, který je předmětem žádosti o převzetí výkonu a jestliže bylo žádost vyhověno, tento stát pteruší trestní stíhání. Právo na stíhání opět nabývá, jestliže se odsouzený výkon rozhodnutí vyhýbá. Stát vykonávající zastaví trestní stíhání s konečnou platností, jestliže bylo rozhodnutí vykonáno nebo

jestliže byl jeho výkon s konečnou platností prominut.

Článek 18

(1) Na odsouzeného se plně vztahuje amnestie udělená jak státem odsuzujícím, tak státem vykonávajícím.

(2) Milost může udělit odsouzenému stát vykonávající. Tím není vyloučeno právo státu odsuzujícího doporučit státu vykonávajícímu udělení milosti. Takové doporučení bude ve státě vykonávajícím při rozhodování o milosti blahovolně posouzeno. Nedotčeno zůstává též právo státu odsuzujícího udělit milost s účinností pro oblast svého právního rádu.

(3) Pro zrušení nebo změnu soudního rozhodnutí, jehož výkon byl převzat, je výlučně příslušný stát odsuzující.

Článek 19

(1) Smluvní státy se v nejkratší možné lhůtě vzájemně vyrozumí o všech okolnostech, které by mohly ovlivnit výkon rozhodnutí a předají si navzájem vyhotovení nebo ověřené opisy vydaných rozhodnutí.

(2) Stát odsuzující vyrozumí stát vykonávající zejména o udělení amnestie nebo o zrušení či změně soudního rozhodnutí, jehož výkon byl převzat.

(3) Stát vykonávající vyrozumí stát odsuzující, jestliže se odsouzený vyhýbá výkonu trestu, jakož i o propuštění z výkonu trestu či ochranného opatření.

Článek 20

(1) Nachází-li se odsouzený na území státu odsuzujícího, bude předán státu vykonávajícímu v místě hraničního přechodu smluvních států. Smluvní státy se dohodnou o místě, době a způsobu předání.

(2) Stát odsuzující může odložit předání odsouzeného, je-li třeba provést trestní súhání anebo vykonat trest nebo ochranné opatření pro jiný trestný čin.

Článek 21

Náklady vzniklé v souvislosti s prováděním této smlouvy, s výjimkou nákladů průvozu, se nenahrazují. Stát, který požádá, aby odsouzený byl předán letecky, hradí však náklady touto přepravou vzniklé.

Článek 22

(1) Na žádost jednoho ze smluvních států se povolí průvoz odsouzeného, který není občanem dožádá něho smluvního státu, přes území tohoto státu do třetího státu nebo z třetího státu k výkonu trestu odňtí svobody nebo ochranného opatření. Dožádaný smluvní stát může průvoz odmítnout, jestliže podle této smlouvy by mohl odmítnout převzetí výkonu rozhodnutí.

(2) Žádost o průvoz se podávají písemně. K žádosti se připojí vyhotovení nebo ověřený opis příslušného rozhodnutí.

(3) Průvoz provedou orgány dožádaného smluvního státu. Dožádaný stát nesmí osobu, která se převáží, pro činy spáchané před jejím průvozem, bez souhlasu dožadujícího smluvního státu ani stíhat ani na ni vykonat trest nebo ochranné opatření.

(4) Při přepravě vzdušnou cestou bez mezipřistání není třeba výslovného povolení přelétaného smluvního státu. Tento stát bude dožadujícím smluvním státem předem vyrozuměn, že průvoz je přípustný podle odstavce 1.

(5) Náklady průvozu, které vzniknou dožádánu smluvnímu státu, hradí dožadující smluvní stát.

ČÁST TŘETÍ

Závěrečná ustanovení

Článek 23

Závazky vyplývající z vícestranných úmluv nejsou touto smlouvou dotčeny.

Článek 24

Tato smlouva se týká i soudních rozhodnutí, která byla vydána před jejím vstupem v platnost.

Článek 25

Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Praze.

(2) Tato smlouva zůstává v platnosti na dobu neurčitou, pokud ji jeden ze smluvních států diplomatickou cestou nevypoví; v tomto případě pozbývá smlouva platnosti rok po obdržení výpovědi.

Článek 26

(1) Tato smlouva vstupuje v platnost prvním dnem třetího měsíce po výměně ratifikačních listin.

Dáno ve Vídni dne 20. května 1990 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Rakouskou republiku:

Dr. ALOIS MOCK

Za Českou a Slovenskou Federativní Republiku:

JIŘÍ DIENSTBIER

[TRANSLATION — TRADUCTION]

**TREATY¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
CZECH AND SLOVAK FEDERAL REPUBLIC ON THE RECIP-
ROCAL ENFORCEMENT OF SENTENCES IN CRIMINAL
CASES**

The Federal President of the Republic of Austria and
The President of the Czech and Slovak Federal Republic,
Desiring to further develop the good neighbourly relations between the two
States and to facilitate legal dealings between them,

Aware that the enforcement of imprisonment in the State of which the con-
victed person is a national promotes his social rehabilitation,

Further desiring to fully implement the provisions of the Final Acts of the
Conference on Security and Cooperation in Europe² as well as their follow-up
documents,

Have agreed to conclude the following Treaty and have for that purpose
appointed as their plenipotentiaries:

The Federal President of the Republic of Austria: Dr. Alois Mock, Federal Minister
for Foreign Affairs,

The President of the Czech and Slovak Federal Republic: Mr. Jiří Dienstbier, Deputy
Prime Minister of the Czech and Slovak Federal Republic and Minister for
Foreign Affairs,

who, having exchanged their full powers, found in good and due form, have agreed
as follows:

PART I**GENERAL PROVISIONS***Article I*

(1) The Contracting States undertake, on request and under the terms laid
down in this Treaty, to enforce sentences in criminal cases where the court of one of
the Contracting States has finally and absolutely imposed a term of imprisonment or
preventive action on a national of the other State.

(2) A person shall be regarded as a national of a Contracting State if he pos-
sesses the nationality of that State in accordance with its legal system. Persons who
are nationals of both Contracting States shall not be handed over under this Treaty.

(3) In this Treaty the expression "preventive action" shall mean a measure
associated with imprisonment, which is imposed through a sentence, in accordance

¹ Came into force on 1 March 1992, i.e., the first day of the third month following the exchange of the instruments
of ratification, which took place at Prague on 17 December 1991, in accordance with article 26 (1).

² *International Legal Materials*, vol. 14 (1975), p. 1292 (American Society of International Law).

with the law, in addition to or in place of a sanction. If the duration of a measure yet to be enforced is indefinite, it shall be assumed to be the maximum permitted by law.

Article 2

(1) Requests under article 1 (1), shall be made by the State in which the sentence has been passed (sentencing State). The State in which the sentence is to be enforced (enforcing State) may submit a request to the sentencing State under article 1 (1).

(2) A convicted person, his statutory representative, his spouse, his immediate relatives or his siblings may file with either Contracting State a petition for proceedings under article 1 (1). The sentencing State shall inform the convicted person of this option.

Article 3

The correspondence under this Treaty shall be exchanged between the Federal Minister of Justice of the Republic of Austria and the Minister of Justice of the Czech Republic or the Minister of Justice of the Slovak Republic. The diplomatic channel shall not be thereby excluded.

Article 4

Requests, communications and attached documents shall not require translation or authentication.

PART II

ACCEPTANCE AND EFFECTS OF ENFORCEMENT

Article 5

Sentences shall be enforced only if the offence upon which the sentence is based is punishable under the law of both Contracting States.

Article 6

(1) In criminal matters relating to levies, taxes, custom duties, monopolies and foreign currency and in criminal cases arising from infringement of the provisions governing the rationing of goods or foreign trade, the sentence shall also be enforced if the offence upon which the sentence is based would be punishable under a similar statutory penal provision of the enforcing State.

(2) Enforcement shall not be refused exclusively on the grounds that the law of the enforcing State does not stipulate the same type of levies, taxes or monopolies or currency regulations or provisions governing the rationing of goods or foreign trade of the same kind as is stipulated in the law of the sentencing State.

Article 7

A sentence shall not be enforced if, in the opinion of the enforcing State, the offence upon which the sentence is based constitutes a political offence, where, after consideration of all the circumstances of the individual case, especially the way in

which the offence was committed, the means used or threatened and the seriousness of the actual or intended consequences, the criminal nature of it is not predominant.

Article 8

A sentence shall not be enforced if, in the opinion of the enforcing State, the offence for which the sentence was pronounced is of an exclusively military nature.

Article 9

Enforcement may be refused if:

(a) The enforceability of the sentence of imprisonment or preventive action is statute-barred under the law of one of the Contracting States, or the enforcement is impermissible for other reasons;

(b) The convicted person in the enforcing State has been finally convicted or finally acquitted for the same offence or the proceedings have been finally terminated for other than procedural grounds;

(c) The sentence was passed by an exceptional court that was sitting only temporarily;

(d) In the opinion of the enforcing State, its public policy or the principles of its legal system are endangered;

(e) The convicted person or his statutory representative refuses consent;

(f) The convicted person is in custody in the sentencing State and a sentence of imprisonment or preventive action not exceeding four months is to be enforced on the day of receipt of the request. For the purpose of reaching a determination, multiple terms of imprisonment or preventive action or the time still to be served shall be aggregated. If the length of the preventive action to be enforced is indefinite, the criterion used shall be the day on which, under the law of the sentencing State, the preventive action is to be terminated;

(g) The convicted person is resident or normally resides in the sentencing State.

Article 10

A sentence passed *in absentia* shall be enforced only when the convicted person has gained knowledge of the proceedings against him and is aware of his rights of defence in these proceedings.

Article 11

If, in the opinion of the sentencing State, conditions are met for accepting enforcement under this Treaty, the sentencing State may request the enforcing State to accept enforcement of the sentence. If the sentencing State makes no such request, despite the proposal of the enforcing State, it shall make known the grounds therefor.

Article 12

- (1) Requests under this Treaty shall be made in writing.
- (2) The following shall be attached to the request:

- (a) A transcript or true copy of the sentence with confirmation of its finality and the enforceability and possible decisions upon appeal;
- (b) A duplicate of the statutory provisions applied and of those regarding suspension of the remainder of the sentence on probation;
- (c) Particulars of the convicted person, his nationality and his domicile or habitual residence;
- (d) A confirmation of the enforced part of the imprisonment or preventive measure and of the length of sentence already served;
- (e) A record indicating the attitude of the convicted person to the enforcement of the sentence, if he is located in the sentencing State;
- (f) Other documents and particulars that may be of importance for judging the request.

Article 13

Should the enforcing State find that the information and documents submitted to it are insufficient, it shall request the necessary supplementary material. It may set an appropriate time-limit for receipt of such material: the time-limit may be extended on request. In the absence of supplementary material, the request shall be decided upon on the basis of the existing information and documents.

Article 14

The enforcing State shall notify the sentencing State as soon as possible as to whether and to what extent the request has been granted. Reasons shall be given for any complete or partial refusal. Should the refusal be due to lack of consent by the convicted person in the enforcing State, a record of his statement shall be sent to the sentencing State.

Article 15

(1) If the enforcement is accepted, the court of the enforcing State shall stipulate the same type and length of imprisonment or preventive action as has been imposed in the sentencing State. If, however, the type or length of such imprisonment is not consistent with the legislation of the enforcing State, the said State shall bring the sentence into line with the imprisonment or preventive action provided for under its law for a similar criminal offence. So far as possible, the type and length of imprisonment shall be consistent with the imprisonment or preventive action imposed on the sentence to be enforced. In every case, the enforcing State shall be bound by the established facts that constitute the basis for the sentence in the sentencing State.

(2) The overall effect of enforcement in the enforcing State shall not be more unfavourable for the convicted person than would be further enforcement in the sentencing State.

(3) Enforcement, including suspension of the remainder of the sentence on probation, shall be carried out in accordance with the law of the enforcing State. However, if the legal provisions of the sentencing State are more favourable for the convicted person with regard to the sentence suspension, they shall be applied in so far as they do not conflict with the law of the enforcing State.

(4) Time spent in custody in the sentencing State shall be deducted from the sentence of imprisonment or preventive actions served in the enforcing State.

(5) In the event of subsequent termination or amendment of the sentence (article 18 (3)) the court of the enforcing State shall, if necessary, establish anew the imprisonment or preventive action to be imposed.

Article 16

Where a sentence is based on more than one offence but can be enforced only in respect of that part of the prison sentence or preventive action which applies to certain of those offences, the court of the enforcing State shall determine, pursuant to the procedure under article 15 (1), the part to be enforced in respect of the said offences.

Article 17

(1) Where consent has been given to a request for enforcement, the sentencing State shall transfer the convicted person as soon as possible to the enforcing State. Where the convicted person has already been transferred to the enforcing State or is already there, no further enforcement measures shall be taken in the sentencing State.

(2) If the convicted person evades enforcement in the enforcing State, the sentencing State shall recover the right to enforce the remainder of the sentence.

(3) The right of the sentencing State to enforce shall expire when the convicted person has served his sentence of imprisonment or preventive action or the sentence has been cancelled.

(4) Where criminal proceedings are pending in the enforcing State against a convicted person for an offence that is the basis of the request for the acceptance of enforcement and the request has been granted, that State shall temporarily suspend the criminal proceedings. It shall recover the right to prosecute if the convicted person evades enforcement. The enforcing State shall drop the case when the sentence of imprisonment or preventive action has been served or enforcement has been cancelled.

Article 18

(1) The convicted person shall have the full benefit of the amnesties which are granted by the sentencing State or the enforcing State.

(2) Clemency in favour of a convicted person may be granted by the enforcing State. The right of the sentencing State to recommend clemency to the enforcing State shall not be thereby precluded. Such recommendation shall be given favourable consideration when the enforcing State is determining whether to grant clemency. The right of the sentencing State to grant clemency having effect for its area of jurisdiction shall remain unaffected.

(3) Only the sentencing State shall be competent to terminate or amend the sentence that has been enforced.

Article 19

(1) The Contracting States shall inform each other as soon as possible of all circumstances that may have a bearing on enforcement, and shall send each other transcripts or certified copies of the sentences passed.

(2) The sentencing State shall inform the enforcing State of, in particular, an amnesty or of the termination or amendment of the sentence that was enforced.

(3) The enforcing State shall inform the sentencing State if the convicted person evades enforcement as well as his release from enforcement of the sanction or preventive action.

Article 20

(1) If the convicted person is located on the territory of the sentencing State, he shall be handed over to the enforcing State at a border crossing point between the Contracting States. The Contracting States shall agree on the place, time and type of handover.

(2) The sentencing State may defer the extradition of the convicted person in order to conduct proceedings on account of another offence or to enforce a sentence or preventive action imposed on account of another criminal offence.

Article 21

(1) The costs arising out of application of this Treaty — with the exception of those involving transit through a third State — shall not be reimbursed. The State requesting the transport of a convicted person by air shall, however, bear the costs arising out of such transport.

Article 22

(1) The transport at the request of one Contracting State of a convicted person who is not a national of the other Contracting State through its territory into a third State or from a third State to serve a sentence of imprisonment or preventive action imposed upon him shall be permitted. The requested Contracting State may refuse the transport if under this Treaty it is able to refuse the enforcement of the sentence.

(2) Requests for transit through a third State shall be submitted in writing. The request shall be accompanied by a transcription or certified copy of the sentence passed.

(3) Transit through a third State shall be conducted by the authorities of the requested State. The requested State may not prosecute or impose a sanction or preventive action on the transported person for offences which were committed before the transport, without the consent of the requesting State.

(4) In the case of transport by air without a landing there is no need for any express permission on the part of the Contracting State that is flown over. This State shall be advised in advance by the requesting State that the transport is permitted under paragraph (1).

(5) The costs of transport arising in the requested State shall be reimbursed by the requesting State.

PART III**FINAL PROVISIONS***Article 23*

Obligations arising from existing multilateral agreements shall not be affected by this Treaty.

Article 24

This Treaty shall apply also to judicial decisions which were promulgated before its entry into force.

Article 25

This Treaty shall be subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged in Prague.

Article 26

(1) This Treaty shall enter into force on the first day of the third month after the exchange of the instruments of ratification.

(2) This Treaty shall remain in force for an indefinite period unless one of the Contracting States denounces it through the diplomatic channel; in such a case the Treaty shall lapse one year after receipt of the denunciation.

DONE at Vienna, on 20 May 1990 in two originals, in the German and Czech languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

Dr. ALOIS MOCK

For the Czech and Slovak Federal Republic:

JIŘÍ DIENSTBIER

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRATIVE TCHÈQUE ET SLOVAQUE RELATIF À L'EXÉCUTION RÉCIPROQUE DES DÉCISIONS JUDICIAIRES EN MATIÈRE PÉNALE

Le Président fédéral de la République d'Autriche et le Président de la République fédérale tchèque et slovaque,

Désireux de poursuivre le développement des relations de bon voisinage entre les deux Etats et de faciliter les relations entre eux dans le domaine judiciaire,

Reconnaissant que l'exécution d'une peine de privation de liberté dans l'Etat dont le condamné est ressortissant favorise sa réinsertion sociale,

Animés du désir d'appliquer dans leur intégrité les dispositions de l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe² et des documents qui y ont fait suite,

Sont convenus de conclure le Traité ci-après et ont désigné à cet effet pour leurs plénipotentiaires :

Le Président de la République d'Autriche : Monsieur Alois Mock, Ministre fédéral des affaires extérieures

Le Président de la République fédérative tchèque et slovaque : Monsieur Jiří Dienstbier, Ministre-Président adjoint de la République fédérative tchèque et slovaque et Ministre des affaires extérieures,

lesquels, après avoir échangé leurs pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit :

PREMIÈRE PARTIE

DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article premier

1) Les Etats contractants s'engagent, sur demande conforme aux conditions établies dans le présent Traité, à exécuter les décisions en matière pénale aux termes desquelles des ressortissants d'un Etat contractant ont été condamnés par un tribunal de l'autre Etat à une peine exécutoire de privation de liberté ou d'application d'une mesure de prévention.

2) Doit être considérée comme citoyen d'un Etat contractant, une personne qui, d'après le droit de cet Etat, en possède la nationalité. Les personnes ayant la nationalité des deux Etats ne seront pas, en vertu du présent Traité, remises à l'autre Etat.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} mars 1992, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Prague le 17 décembre 1991, conformément au paragraphe 1 de l'article 26.

² *Documents d'actualité internationale*, n°s 34-35-36 (26 août-2 et 9 septembre 1975), p. 642 (La Documentation française).

3) Au sens du présent Traité, on entend par l'expression « mesure de prévention » une mesure en rapport avec la privation de liberté prononcée en vertu des lois pénales au moyen d'une décision judiciaire en sus ou à la place d'une peine. Si la durée d'une mesure non encore exécutée n'est pas précisée, on prendra en considération la mesure maximum légalement admise.

Article 2

1) Les demandes visées au paragraphe 1 de l'article premier sont présentées par l'Etat dans lequel la décision judiciaire a été prononcée (Etat requérant). L'Etat dans lequel la décision judiciaire doit être exécutée (Etat requis), peut présenter à l'Etat requérant une demande au sens du paragraphe 1 de l'article premier.

2) Le condamné, son représentant légal, son conjoint, ses parents en ligne directe et ses frères et sœurs peuvent engager une procédure au sens du paragraphe 1 auprès de l'un ou l'autre des Etats contractants. L'Etat requérant communiquera au condamné des informations concernant cette possibilité.

Article 3

La correspondance au titre du présent Traité est échangée entre le Ministre fédéral de la Justice de la République d'Autriche, d'une part, et le Ministre de la Justice de la République fédérative tchèque ou le Ministre de la Justice de la République slovaque d'autre part. Ces dispositions n'excluent pas le recours à la voie diplomatique.

Article 4

Les demandes, informations et pièces qui doivent y être jointes n'ont pas besoin d'être traduites ni légalisées.

PARTIE II

PRISE EN CHARGE ET EFFETS DE L'EXÉCUTION

Article 5

L'exécution n'est prise en charge que si l'acte qui a motivé la décision est possible d'une sanction pénale en vertu du droit des deux Etats contractants.

Article 6

1) Dans les affaires pénales concernant les taxes, les impôts, les douanes, le monopole et les devises, et dans les affaires d'infraction aux règlements en matière de gestion de marchandises ou de commerce extérieur, l'exécution de la décision judiciaire est prise en charge si l'action qui a motivé la condamnation est également punissable en application de dispositions pénales comparables de l'Etat requis.

2) La prise en charge ne peut être refusée au seul motif que le droit de l'Etat requis ne comporte pas de prescriptions en matière de taxes, impôts, douane, monopole ou devises ou de prescriptions en matière de gestion de marchandises ou de commerce extérieur de même nature que celles du droit de l'Etat requérant.

Article 7

L'exécution n'est pas prise en charge lorsque l'acte qui a motivé la décision est considéré par l'Etat requis comme une infraction de caractère politique dont le caractère pénal ne domine pas le caractère politique compte tenu de toutes les circonstances de l'espèce, en particulier de la façon dont elle a été commise, des moyens employés pour l'accomplir ou de la gravité des conséquences survenues ou possibles.

Article 8

L'exécution n'est pas prise en charge lorsque l'acte qui a motivé la décision est considéré par l'Etat requis comme étant de nature exclusivement militaire.

Article 9

L'exécution peut être refusée si :

- a) Le caractère exécutoire de la peine privative de liberté ou de la mesure de prévention tombe sous le coup de la prescription en vertu du droit de l'un des Etats contractants ou si l'exécution n'est pas admissible pour d'autres raisons;
- b) Le condamné a déjà fait l'objet dans l'Etat requis, pour le même acte, d'une condamnation exécutoire ou a été acquitté ou s'il a été mis fin définitivement à la procédure pour d'autres raisons que des motifs de procédure;
- c) La décision a été prise par un tribunal d'exception ayant fonctionné uniquement pendant une certaine période;
- d) De l'avis de l'Etat requis, une telle exécution irait à l'encontre de son ordre public ou de ses principes juridiques fondamentaux;
- e) Le condamné ou son représentant légal ne donne pas son accord;
- f) Le condamné est emprisonné sur le territoire de l'Etat requérant et, au jour auquel la demande parvient, doit accomplir une peine privative de liberté ou une mesure de prévention ne dépassant pas quatre mois. Aux fins de la détermination de cette condition, il est tenu compte de la durée totale des diverses peines privatives de liberté ou mesures de prévention ou de la part desdites peines ou mesures qui reste à accomplir. Lorsque la durée de la mesure de prévention n'est pas déterminée, la date à considérer est celle à laquelle elle doit prendre fin au plus tard conformément au droit de l'Etat requérant;
- g) Le condamné est domicilié dans l'Etat requérant ou y séjourne habituellement.

Article 10

L'exécution d'une décision prise en l'absence du condamné ne sera prise en charge que lorsque le condamné aura été mis au courant de la procédure engagée contre lui et aura pu faire valoir ses droits de défense au cours de cette procédure.

Article 11

Si l'Etat requérant estime remplies les conditions de prise en charge de l'exécution prévues par le présent Traité, il peut demander à l'Etat requis de prendre en

charge l'exécution de la décision. Si l'Etat requérant, malgré une instigation de l'Etat requis ne présente aucune demande, il en fait connaître les raisons.

Article 12

- 1) Les demandes présentées au titre du présent Traité le sont sous forme écrite.
- 2) Il convient de joindre auxdites demandes :
 - a) Une expédition ou une copie certifiée conforme du jugement et des décisions relatives aux moyens de droit dans tous les cas, accompagnés d'une attestation de leur validité et de leur caractère exécutoire;
 - b) Un extrait des dispositions juridiques pertinentes ainsi que de celles qui s'appliquent à la libération conditionnelle;
 - c) Des indications relatives à la personnalité du condamné, à sa nationalité, à son domicile ou à son lieu de séjour habituel;
 - d) Une attestation relative au temps de privation de liberté ou de mesure de prévention accompli et aux périodes d'emprisonnement qui doivent être prises en compte;
 - e) Un procès-verbal relatif à la prise de position du condamné concernant la prise en charge de l'exécution, s'il se trouve dans l'Etat requérant;
 - f) Toutes autres pièces qui peuvent avoir une incidence sur la suite à donner à la demande.

Article 13

Si l'Etat requis juge insuffisantes les indications et les pièces qui lui sont communiquées, il demande les compléments d'informations nécessaires. Il peut fixer, pour la communication de ces informations complémentaires, un délai qui peut être prorogé sur demande. Si les informations complémentaires ne lui sont pas communiquées, il statue sur la suite à donner à la demande d'après les informations et les pièces existantes.

Article 14

L'Etat requis fait savoir à l'Etat requérant dans les plus brefs délais possibles si et dans quelle mesure il sera donné suite à la demande. Tout refus total ou partiel doit être motivé. Si le refus est dû à l'absence de consentement de la part du condamné se trouvant dans l'Etat requis, un procès-verbal d'audition du condamné devra être remis à l'Etat requérant.

Article 15

- 1) Si l'exécution est prise en charge, un tribunal de l'Etat requis impose une peine privative de liberté ou une mesure de prévention de même type et de même durée que celle qui a été prononcée par l'Etat requérant. Cependant, si la nature ou la durée de ladite peine ou de ladite mesure n'est pas conforme à la législation de l'Etat requis, celui-ci l'adapte aux peines ou mesures de prévention prévues par sa législation pour une infraction de même nature. La peine ou la mesure de prévention doit, autant que possible, être de même type et de même durée que la peine ou la mesure de prévention définie dans la décision de justice à exécuter. En tout état de

cause, l'Etat requis est lié par les constatations de fait sur lesquelles est fondée la décision prononcée dans l'Etat requérant.

2) Du fait de l'exécution de la décision judiciaire dans l'Etat requis, le condamné ne doit pas, dans l'ensemble, être traité plus défavorablement que si la décision avait été exécutée dans l'Etat requérant.

3) L'exécution de la décision, y compris la libération conditionnelle, est réglée par le droit de l'Etat requis. Cependant, les dispositions juridiques de l'Etat requérant plus favorables au condamné, en matière de libération conditionnelle, sont appliquées dans la mesure où les principes du droit reconnus dans l'Etat requis ne s'y opposent pas.

4) Les périodes pendant lesquelles le condamné a été emprisonné dans l'Etat requérant sont entièrement déduites de la durée de la peine privative de liberté ou de la mesure de prévention qui doit être accomplie dans l'Etat requis.

5) En cas d'abrogation ultérieure ou de modification de la décision judiciaire (article 18, paragraphe 3), le tribunal de l'Etat d'exécution fixe à nouveau, le cas échéant, la peine privative de liberté ou la mesure de prévention qui doit être accomplie.

Article 16

Si plusieurs actes sont à l'origine de la décision, mais que l'exécution ne peut porter que sur la fraction de la peine privative de liberté ou de la mesure de prévention correspondant à certains d'entre eux, le tribunal de l'Etat requis définit, dans le cadre de la procédure prévue au paragraphe 1 de l'article 15 du présent Traité, la part de la peine privative de liberté ou de la mesure de prévention qui correspond auxdits actes.

Article 17

1) S'il est fait droit à la demande de prise en charge, l'Etat requérant remet dès que possible le condamné à l'Etat requis. Dès que la remise a lieu ou si le condamné se trouve déjà sur le territoire de l'Etat requis, les mesures d'exécution cessent d'être appliquées dans l'Etat requérant.

2) Si le condamné se soustrait à l'exécution de la décision sur le territoire de l'Etat requis, l'Etat requérant recouvre le droit de faire exécuter la décision.

3) Le droit de l'Etat requérant à faire exécuter la peine prend définitivement fin lorsque la peine ou la mesure de prévention est achevée ou qu'elle a fait l'objet d'une remise finale.

4) Si une procédure pénale est engagée dans l'Etat requis contre le condamné en raison de l'acte ayant motivé la demande de prise en charge, et s'il a été fait droit à ladite demande, l'Etat requis suspend provisoirement la procédure. Il recouvre le droit à la poursuivre si le condamné se soustrait à l'exécution de la décision. L'Etat requis suspend définitivement la procédure pénale lorsque la peine ou la mesure de prévention est achevée ou qu'elle a fait l'objet d'une remise finale.

Article 18

1) Le condamné bénéficie entièrement des amnisties déclarées par l'Etat requérant ou par l'Etat requis.

2) Des mesures de grâce au bénéfice du condamné peuvent être prises par l'Etat requis. La présente disposition n'interdit nullement à l'Etat requérant de recommander de telles mesures de grâce à l'Etat requis. L'Etat requis auquel une telle recommandation est faite la considère favorablement pour décider de l'octroi d'une mesure de grâce. La présente disposition s'entend également sans préjudice du droit de l'Etat requérant de prendre des mesures de grâce dans son domaine de juridiction.

3) Dans le cas d'abrogation ou de modification de la décision judiciaire dont l'exécution a été prise en charge, l'Etat requérant est seul compétent.

Article 19

1) Les Etats contractants s'informent mutuellement, dès que possible, de toute circonstance pouvant avoir une incidence sur l'exécution de la décision, et se transmettent l'un à l'autre les minutes ou des copies certifiées conformes des décisions prises.

2) L'Etat requérant informe l'Etat requis en particulier de toute mesure d'amnistie ou d'une abrogation ou modification de la décision judiciaire dont l'exécution a été prise en charge.

3) L'Etat requis informe l'Etat requérant lorsque le condamné se soustrait à l'exécution de la peine, ainsi que de la remise d'exécution de la peine ou de la mesure de prévention.

Article 20

1) Si le condamné se trouve sur le territoire de l'Etat requérant, il sera remis à l'Etat d'exécution à un point de passage de la frontière entre les Etats contractants. Les Etats contractants fixent d'un commun accord le lieu, la date et les circonstances de la remise.

2) L'Etat requérant peut différer la remise du condamné pour mener à bonne fin une procédure engagée en raison d'un autre acte passible d'une peine ou pour exécuter une peine ou une mesure de prévention prononcée en raison d'un autre acte passible d'une peine.

Article 21

Les frais découlant de l'application du présent Traité — à l'exception des frais exposés en cas de transit — ne sont pas remboursés. Toutefois, l'Etat qui demande la remise d'un condamné assume les frais liés à ladite remise.

Article 22

1) A la demande d'un Etat contractant, l'envoi en transit d'un condamné qui n'est pas ressortissant de l'autre Etat contractant, à travers le territoire de cet Etat vers un Etat tiers ou en provenance d'un Etat tiers pour l'exécution d'une peine privative de liberté ou d'une mesure de prévention est accordé. L'Etat contractant requis peut refuser l'envoi en transit s'il a la possibilité de refuser la prise en charge de l'exécution aux termes du présent Traité.

2) Les demandes d'envoi en transit seront présentées par écrit. Il devra être joint à la demande une expédition ou une copie certifiée conforme de la décision prononcée.

3) L'envoi en transit sera effectué par les organes de l'Etat requis. L'Etat requis ne peut, sans le consentement de l'Etat requérant, poursuivre la personne à envoyer en transit pour des actions commises avant l'envoi en transit, ni appliquer à son égard une peine ou une mesure de prévention.

4) En cas d'envoi en transit par la voie aérienne sans escale, aucune autorisation expresse de l'Etat contractant dont le territoire est survolé n'est nécessaire. Cet Etat sera informé à l'avance par l'Etat requérant du fait qu'un envoi en transit serait admissible aux termes du paragraphe 1.

5) Les frais de l'envoi en transit exposés par l'Etat requis seront remboursés par l'Etat requérant.

PARTIE III

DISPOSITIONS FINALES

Article 23

Le présent Traité ne modifie en rien les obligations de l'un ou l'autre Etat contractant qui peuvent résulter d'instruments internationaux en vigueur.

Article 24

Le présent Traité s'applique également aux décisions judiciaires prononcées avant son entrée en vigueur.

Article 25

Le présent Traité est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Prague.

Article 26

1) Le présent Traité entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant l'échange des instruments de ratification.

2) Le présent Traité demeurera en vigueur pour une durée illimitée, tant qu'il n'aura pas été dénoncé par l'un des Etats contractants par la voie diplomatique; en pareil cas, le Traité cessera d'être en vigueur un an après réception de la dénonciation.

FAIT à Vienne, le 20 mai 1990, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et tchèque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

ALOIS MOCK

Pour la République fédérative
tchèque et slovaque :

JIŘÍ DIENSTBIER
